

In ihrer Rede zur Einbringung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008 informierte die Oberbürgermeisterin darüber, dass gegenüber dem Jahr 2007 in 2008 zusätzlich 4,6 Mio. € für den Betriebskostenzuschuss an die HAVAG aufgebracht werden müssen.

Die CDU-Fraktion fragt daher:

- 1. Wie lässt sich dieser Umstand mit den im Nahverkehrsplan und Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag getroffenen Vereinbarungen zwischen Stadt, VVV und HAVAG, welchen der Stadtrat am 28.03.2007 zustimmte, vereinbaren?**
- 2. Welche Konsequenzen gedenkt die Stadtverwaltung zu ziehen?**
- 3. Ist aus Sicht der Stadtverwaltung die Senkung des städtischen Anteils am Betriebskostenzuschusses bis zum Jahr 2009 auf 0 € unter diesen Umständen überhaupt als realistisch anzusehen?**

Bönisch
Fraktionsvorsitzender

Antwort der Verwaltung:

- Zu 1. Die Vereinbarung der Stadt Halle (Saale), VVV und HAVAG legt in allen Dokumenten die Finanzierung für ein Jahr fest. Auf Antrag der Stadträte und durch die Stadtratssitzung bestätigt, muss eine jährliche Bestätigung der Kostenteilung erfolgen. Zurzeit gibt es keinen gültigen Beschluss über die Zusammensetzung der Betriebskostenzuschüsse für das Jahr 2008. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung für die Finanzierung der HAVAG ist zurzeit in der politischen Beratung und soll im November dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt werden.
- Zu 2. Die Stadtverwaltung hat in ihrem Entwurf des Haushaltsplanes 2008 auf diese Probleme, die aus dem negativen Betriebsergebnis des Stadtwerke-Konzerns resultieren, reagiert und die zusätzlichen Kosten (4,5 Mio. €), die auf den städtischen Haushalt zukommen, eingestellt.
- Zu 3. Die Stadtverwaltung geht in ihren Planungen davon aus, dass innerhalb des Stadtwerke-Konzerns wieder 9 Mio. € Gewinnabführung an die VVV erwirtschaftet werden (2008 : 5,962 Mio. €). Hinzu kommt 2009 der Wegfall der Zahlungen für den Betriebshof „Rosengarten“ i. H. v. 3,1 Mio. € als Haushaltskonsolidierungsmaßnahme.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter